

FDP-Fraktion, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Herrn Bürgermeister Rudi Bertram Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler

Zimmer 179

Telefon: 02403-71547 Fax: 02403-71620

Email: fdp-ratsbuero@eschweiler.de Internet: www.fdpeschweiler.de

Eschweiler, 12.04.2018

Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler zur Drogenproblematik an Eschweiler Schulen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

besorgte Eltern haben uns vor einiger Zeit auf den zunehmenden Drogenkonsum und -handel im Umfeld der Eschweiler Schulen hingewiesen. Eine entsprechende Nachfrage durch ein Fraktionsmitglied der FDP bei den Schulleitern hat ergeben, dass besagte Drogenproblematik nicht von der Hand zu weisen ist.

Aus diesem Anlass heraus beantragt die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler folgendes im Schulausschuss der Stadt (30.05.2018) und anschließend im Stadtrat bei der nächsten Sitzung am 20.06.2018 zu beschließen:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Eschweiler nehmen mit Sorge den wieder steigenden Konsum und Handel von Drogen im Umfeld von Eschweiler Schulen und Jugendeinrichtungen zur Kenntnis. Die Stadtverwaltung wird entsprechend beauftragt:

- 1. Zusammen mit der zuständigen Polizei und der Bundespolizei geeignete Maßnahmen zur Eindämmung von Drogenhandel und -tausch an den Schulen und Jugendeinrichtungen zu erarbeiten, entsprechende Gespräche in den geeigneten Gremien sind umgehend anzugehen und den Fraktionsvorsitzenden zu dokumentieren.
- 2. Zusammen mit allen Schulleitern dieses Thema auf der Schulleiterkonferenz zu besprechen, um Informationen untereinander auszutauschen und evtl. Schwerpunkte des Handels und Konsums zu identifizieren.
- 3. Es wäre auch wünschenswert, in diesen Prozess die größte Schule in Eschweiler, das Berufskolleg Eschweiler der StädteRegion Aachen, wenn möglich miteinzubeziehen, da dort ähnliche Probleme vorliegen sollen.
- 4. Zusammen mit den Suchtpräventionsstellen, der Polizei und den Schulleitern kurzfristig bis zum Sommer einen Informations- und Präventionsplan für Jugendliche zu entwickeln, damit das Thema Drogenmissbrauch und die damit verbundenen Gefahren den Schülern eindringlich und nachdrücklich nahe gebracht werden kann. Hier sollten eventuell schulübergreifend Besuche in Kliniken oder Vorträge von Betroffenen einem einfachen Aufklärungsunterricht vorgezogen werden. Auch sollte das Thema einer Aktionswoche an allen Schulen in enger Zusammenarbeit mit den Fachlehrern und Schulleitern besprochen werden.

- 5. Das Thema Drogenmissbrauch so öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, dass die Schüler, Eltern und Lehrer gut informiert werden und bereit sind zur Mitarbeit bei der Identifikation von Dealern, aber auch um mit offenen Augen andere vor dem Drogenmissbrauch zu schützen. Eine entsprechende verantwortliche Stelle zur Meldung ist im Bereich Polizei oder Ordnungsamt zu benennen und ausdrücklich die Möglichkeit der anonymen Meldung hervorzustellen.
- 6. Suchtbeauftragte in allen Schulen zu benennen, die betroffenen Schülern sowie Eltern Hilfe anbieten.

Begründung:

Aus den jüngsten Zahlen der Landeskriminalämter und der Innenministerien geht hervor, dass die Rauschgiftkriminalität auf Deutschlands Schulhöfen stark zugenommen hat. In Nordrhein-Westfahlen hat sich die Zahl der Drogendelikte an den Schulen etwa verdoppelt: Wurden dort 2011 noch 443 Fälle registriert, waren es 2015 schon 897 Fälle – trotz der Suchtpräventionsprogramme, die vielerorts aufgesetzt worden sind (Quelle: LKA NRW).

Die FDP-Fraktion sieht aufgrund verschiedener Stellungnahmen seitens der Schulleiter die Veranlassung und Notwendigkeit, das Thema Drogenproblematik an Eschweiler Schulen nun auch in die Öffentlichkeit vor Ort einzubringen. Insbesondere sehen wir dringenden Handlungsbedarf an den weiterführenden Schulen, wo Rauschgiftdelikte häufiger auftreten, als an Grundschulen. Aus unserer Sicht gehört dieser Sachverhalt nicht nur auf die Tagesordnung von Schulausschuss und Schulleiterkonferenz, sondern auch weitere Fachausschüsse wie der Jugendhilfeausschuss (05.06.2018) und eventuell der Integrationsrat sind hier zu beteiligen. Politik und Verwaltung müssen sich dem Drogenproblem an Eschweiler Schulen stellen und aktiv damit umgehen.

Ziel muss es sein, dass der Drogenhandel sich in Eschweiler dermaßen beobachtet fühlt, dass er sich zurückzieht.

Die Gefahren, die sich aus den Drogen heraus ergeben, sollten allen Eltern, Lehrern, Schülern und Jugendlichen bekannt gemacht werden, da immer wieder in der öffentlichen Diskussion auch über Freigabe weicher Drogen diskutiert wird. Diese Freigabe erfordert ein besseres Wissen über die Gefahren der Drogen und des Missbrauchs.

Mit freundlichen Grüßen

U. Soldes

(Ulrich Göbbels) Fraktionsvorsitzender

(Anmerkung des Antragstellers: Dieser Antrag soll nicht dazu führen, Eschweiler als Drogenschwerpunkt zu sehen. Wir gehen davon aus, dass dies in vergleichbaren Städten ähnlich ist. Durch die intensive Beschäftigung von vielen Akteuren mit diesem Thema hoffen wir, die Drogenprävention für die Jugendlichen zu verbessern)